



E-Mail: raphael.noser@gruene.ch

Eidgenössisches Finanz-
departement EFD
3003 Bern
vernehmlassungen@estv.admin.ch

9. Juli 2020

Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit der Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer haben Sie die GRÜNEN zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur Vorlage zu äussern.

Schliessung von Sicherungslücken

Die Erhebung der Verrechnungssteuer auf Zinserträgen dient im Wesentlichen dazu, Steuerhinterziehung einzudämmen. Nach wie vor bestehen bei der Ausgestaltung der Verrechnungssteuer allerdings Sicherungslücken, welche diesem Zweck zuwiderlaufen. Vor diesem Hintergrund begrüssen es die GRÜNEN ausdrücklich, dass mit der Umstellung auf das Zahlstellenprinzip neu auch ausländische Zinserträge besichert werden, wenn das entsprechende Vermögen respektive die Kapitalanlagen von einer inländischen natürlichen Person gehalten werden. Die GRÜNEN erachten dies als wichtigen Schritt hin zu mehr zur Steuergerechtigkeit.

Finanzielle Auswirkungen

Die weiteren Massnahmen der Vorlage dienen hauptsächlich dazu, den Schweizer Fremdkapitalmarkt zu stärken. Im Wesentlichen sieht das revidierte Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer die Befreiung inländischer juristischer Personen und ausländischer Anleger*innen von der Verrechnungssteuer sowie die Abschaffung der Umsatzabgabe auf inländische Obligationen vor. Die GRÜNEN unterstützen grundsätzlich Massnahmen, welche einer «Übersicherung» entgegenwirken – sofern diese Massnahmen insgesamt ertragsneutral ausgestaltet sind. Das ist bei der vorliegenden Reform allerdings nicht der Fall.

Die vorliegende Reform führt insgesamt zu jährlich wiederkehrenden Steuerausfällen in der Höhe von 180 Millionen Franken, welche hauptsächlich zu Lasten des Bundes gehen. Rund 130 Millionen Franken an jährlichen Mindereinnahmen sind dabei auf die neu ausgestaltete Verrechnungssteuer zurückzuführen, rund 50 Millionen Franken auf die Aufhebung der Umsatzabgabe. Es ist für die GRÜNEN nicht verständlich, wie Steuerausfälle in dieser Höhe in der gegenwärtigen angespannten Lage des Bundeshaushaltes zu verantworten sind. Vor diesem Hintergrund lehnen die GRÜNEN insbesondere die Abschaffung der Umsatzabgabe auf inländischen Obligationen ab, zumal diese Massnahme einzig der Stimulation des Fremdkapitalmarkts dient. Wir bitten den Bundesrat zudem, die Auswirkungen der übrigen Steuerausfälle auf den Bundeshaushalt vertieft zu überprüfen und in der parlamentarischen Beratung detailliert darzulegen.

Prüfung von Alternativen

Die neu ausgestaltete Verrechnungssteuer auf Zinserträgen aus Obligationen führt zu einer hohen administrativen Belastung der involvierten Akteure. Vor diesem Hintergrund stellt sich für die GRÜNEN die Frage, ob der Sicherungszweck der Verrechnungssteuer nicht auch mit einfacheren Mitteln sichergestellt werden könnte. Die GRÜNEN bieten Hand, bei der Prüfung allfälliger Alternativen mitzuwirken, sofern diese den Sicherungszweck der Verrechnungssteuer – und damit die Steuerehrlichkeit – mindestens auf dem heutigen Niveau erhalten.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und bitten Sie, die Vorlage entsprechend anzupassen. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Balthasar Glättli
Präsident



Raphael Noser
Fachsekretär